

Problemaufriss der Thematik und Überblick über die Beiträge dieses Bandes

Wilfried Heller

Grenzräume sind – wie alle Räume – Produkte sozialer Handlungen, in denen sich die dominanten gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln. Die Staatsgrenze spielt dabei eine mehrfache Rolle, und zwar vor allem erstens als tatsächliche Grenzlinie, zweitens als Grenze, wie sie in der Politik, in den Medien und in der Öffentlichkeit dargestellt wird, und drittens als Grenze, wie sie von der im Grenzraum wohnenden Bevölkerung wahrgenommen wird. Diese Wahrnehmung sowie die Art und Weise, wie die Bevölkerung im Grenzraum ihren Alltag und damit ihr Leben gestaltet, hängen von den geo- und innenpolitischen sowie ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen derjenigen Staaten ab, zu denen der Grenzraum gehört. Diese Rahmenbedingungen sind oft auch von Konflikten geprägt, die sich auf die Bevölkerung im Grenzraum in spezifischer Weise auswirken. Grenzräume zählen in der Regel zu den benachteiligten Räumen im binnenstaatlichen Vergleich. Liegen diese Räume an den Grenzen von Staaten mit höherem ökonomischem und sozialem Entwicklungsstand und sind diese Grenzen durchlässig, dann werden den dort lebenden Menschen die Wohlstandsunterschiede deutlicher bewusst als in anderen Räumen. Deshalb reagiert die Bevölkerung auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen mit besonderen Aktivitäten, unter denen grenzüberschreitende eine wesentliche Rolle spielen.

Diese Sachverhalte treffen in Europa auf die Grenzräume an der Ostgrenze der NATO und der Europäischen Union in besonderem Maße zu. Damit kommt dieser Grenze eine wichtige geopolitische Bedeutung zu. Die Tatsache, dass an langen Abschnitten auf beiden Seiten der Grenze von der Bevölkerung dieselbe Sprache gesprochen wird, kann eine Quelle von politischen Spannungen sein, wenn dieses Merkmal von nationalistischen Interessen instrumentalisiert wird. Die gemeinsame Sprache auf beiden Seiten der Grenze kann aber auch von Vorteil sein, wie vor allem bei Grenzüberschreitungen. Politik und Wissenschaft in Europa müssen sich gerade auch der Probleme dieser Grenzräume annehmen, weil das Bemühen um eine friedliche „Einheit in der Vielfalt“ nicht an den Außengrenzen der EU enden kann. In diesem Zusammenhang steht die Thematik dieses Bandes, der aus einer im Juni 2008 in Chişinău (Republik Moldau) durchgeführten Tagung hervorgeht.

Für die Entwicklung der EU, die sich unter anderem als eine Solidargemeinschaft begreift, ist es notwendig, nicht nur die Entwicklungen in den zentralen Staaten und Regionen der einzelnen Staaten, sondern auch die Situation und die Veränderungen in den neuen Peripherien zu berücksichtigen. Dafür sind möglichst gute Kenntnisse dieser Randräume notwendig. Die ersten Schritte für Problemlösungen sind bekanntlich Situationsanalysen. Die Artikel dieses Bandes wollen anhand ausgewählter Themen und Grenzräume einen Beitrag dazu leisten. Im Zentrum steht dabei der Grenzraum zwischen der Republik Moldau und Rumänien, da hier die genannten Probleme besonders evident sind. Die ersten acht der insgesamt zehn Artikel dieses Bandes widmen sich diesem Raum. Die beiden letzten Artikel beschäftigen sich mit dem slowakisch-ungarischen und dem polnisch-russischen Grenzraum, d.h. mit dem Grenzraum zwischen Polen und der russischen Exklave Kaliningrad/Königsberg.

Die Artikel sind nach vier Themen gegliedert: Die ersten drei Themen, nämlich die zu geopolitischen, ethnischen und nationalen sowie ökonomischen und sozialen Problemen, beziehen sich auf die Rahmenbedingungen für das Leben der Bevölkerung im Grenzraum Republik Moldau/Rumänien. Jeweils zwei Artikel befassen sich mit jedem dieser Themen, wobei der eine Artikel die Republik Moldau und der andere Rumänien betrifft. Das vierte Thema wird durch den Alltag der Grenzraumbevölkerung gebildet, und zwar schwerpunktmäßig durch ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten. Vier Artikel gehen darauf ein: Die ersten beiden beschäftigen sich mit dem Grenzraum Republik Moldau/Rumänien, die letzteren beiden Artikel mit den anderen genannten Grenzräumen.

Zu den Themen im Einzelnen:

1 Zu geopolitischen Problemen

Obwohl die Republik Moldau und Rumänien unmittelbare Nachbarländer sind und über viele Jahrhunderte hinweg eine gemeinsame Geschichte aufweisen, unterscheiden sich ihre geopolitischen Probleme in erheblichem Maße. Dies kommt schon in den thematischen Schwerpunktsetzungen der beiden Artikel zum Ausdruck. Während es *Oleg Serebrian* darauf ankommt, die labile und bedrohliche Lage der Republik Moldau zwischen den großen machtpolitischen und wirtschaftlichen Blöcken der NATO, der EU und Russland auf globaler Ebene und zwischen den Nachbarländern Rumänien, der Ukraine und der Türkei auf der darunter liegenden internationalen Ebene darzustellen

und nach Perspektiven für die Lösung der Probleme zu fragen, geht es *Radu Săgeată* in seinem Beitrag darum, die geopolitische Situation Rumäniens zu charakterisieren und dabei das Land gleichsam als stabile Region und Insel zwischen politischen Interessensfeldern zu beschreiben. Gemeint sind mit diesen Feldern zum einen die Konfliktregionen im Osten, in denen Russland und die Ukraine neben der Republik Moldau die Hauptakteure sind, und zum anderen der immer noch unruhige Balkan im Westen, wo die unterschiedlichen Interessenlagen der dortigen Staaten, aber auch von Nachbarstaaten wie von Griechenland und der Türkei, eine politisch brisante und zersplitterte Gemengelage ergeben, die anscheinend noch längst nicht bereinigt ist.

Serebrian präsentiert die Republik Moldau als ein Land, das wegen seiner geostrategischen Pufferlage zwischen der NATO und Russland, des fehlenden unmittelbaren Zugangs zum Schwarzen Meer, des Mangels an Rohstoffen und Energieträgern sowie des insgesamt schwachen ökonomischen Potenzials und auch wegen interner Probleme vor allem ethnischer Provenienz sehr verletzlich ist. Dabei konzentriert *Serebrian* sich: 1. auf die Problematik der Außengrenzen des Staates, die er aus der Territorialgeschichte des Landes her erklärt, 2. auf das Konfliktfeld, das sich aus der Existenz der abtrünnigen Region Transnistrien im Osten des Landes entwickelt hat, 3. auf Probleme der Grenze mit der Ukraine und 4. auf interne territoriale Konflikte im Süden des Landes, in Südbessarabien, nämlich Konflikte mit der christlich-türkischen Minderheit der Gagausen und der bulgarischen Minderheit, die zwar bei weitem nicht so gefährlich sind wie der Transnistrienkonflikt, aber trotzdem politische Sprengkraft enthalten. Alle diese Probleme und Konflikte könnten nicht unabhängig voneinander gesehen werden, sie seien miteinander verbunden. Eine Schlüsselrolle komme jedoch – so *Serebrian* – dem Transnistrienkonflikt zu. So lange dieser nicht gelöst sei, bleibe die Republik Moldau von Russland abhängig. Das transnistrische Problem könne aber nicht allein politisch geregelt werden, sondern verlange auch nach ökonomischen Maßnahmen. Erst wenn es um die Wirtschaft des Landes so gut bestellt sei, dass nicht mehr Hunderttausende von Moldauern das Land als Arbeitsmigranten verlassen und dass die Republik Moldau insgesamt auch für die Bevölkerung in Transnistrien attraktiv sei, könne das transnistrische Konfliktfeld bereinigt werden. Dieses Ziel könne jedoch ohne den Dialog mit Russland nicht erreicht werden. *Serebrian* betrachtet die gegenwärtige unabhängige Republik Moldau als einen Kompromiss zwischen den zwei herrschenden, gegensätzlichen politischen Meinungen der moldauischen Bevölkerung, nämlich zum einen desjenigen Bevölkerungsteils, der einen Anschluss an Rumänien und damit an die EU wünscht (was als „rumänistische“ Position bezeichnet

wird), und zum anderen desjenigen Bevölkerungsteils, der von einer eigenständigen Republik Moldau ausgeht (was „moldovenistische“ Position genannt wird) und einen Beitritt zu einer von Russland bestimmten eurasiatischen Föderation, d. h. einer Föderation aus osteuropäischen und asiatischen Ländern, für richtig hält (vgl. dazu auch SEREBRIAN 2009, S. 88). Insgesamt sind die Ausführungen *Serebrians* von tiefer Skepsis hinsichtlich einer befriedigenden zukünftigen Entwicklung der Republik Moldau geprägt.

Radu Săgeată erklärt die Stabilität Rumäniens letztlich mit der positiven Wirkung, die vom EU-Beitritt des Landes ausgegangen sei. Denn in den ersten Jahren nach der politischen Wende ist es noch zu ethnischen Konflikten im Lande gekommen, von denen insbesondere die Minderheiten der Ungarn und Roma betroffen waren (vgl. z. B. ANDERL-MOTEA 2007 und SALLANZ 2007). Die geopolitische Lage Rumäniens wird von *Săgeată* durch die Westorientierung des Landes (zur EU und zur NATO) als günstig für die Entwicklung des Landes und den Frieden in der Region dargestellt. *Săgeată* geht bei der Darstellung in klassischer politisch-geographischer Weise vor, indem er zunächst den Naturraum des Landes charakterisiert. So beschreibt er die drei dominanten naturräumlichen Faktoren, welche die Siedlungsgeschichte des Landes sowie die geostrategische Bedeutung Rumäniens und die Entwicklung des Landes in Geschichte und Gegenwart bestimmen, nämlich die Karpaten, die Donau und das Schwarze Meer. Auf dieser Basis kennzeichnet er die geopolitische Situation Rumäniens im Rahmen der gesamten Schwarzmeerregion. *Săgeată* misst den naturräumlichen Faktoren eine auffallend wichtige Rolle zu. Rumänien wird sowohl als Kontakt- und Überschneidungsgebiet von Europas großen klimatischen und biogeographischen Zonen als auch politischer, kultureller und wirtschaftlicher Einflusssphären verstanden. So ist es für ihn konsequent, dass er Rumänien zu Mitteleuropa rechnet. Insgesamt nimmt er eine stark rumänisch-national ausgerichtete Position bei der Darstellung des Themas ein. Die heutigen Hauptprobleme des Landes seien nicht ethnischer und geopolitischer, sondern ökonomischer und sozialer Art.

2 Zu ethnischen und nationalen Problemen

Beide Beiträge zu dieser Thematik gehen aus von der Frage, welche Konzepte von Nation in der Geschichtsschreibung des jeweiligen Landes angewandt wurden und wie sie Politik und Geschichte beeinflussten. *Wim van Meurs* konzentriert sich auf die Zeit seit dem Ende der Sowjetunion, als die unabhängige Republik Moldau als Mitglied

der Gemeinschaft unabhängiger Staaten entstand. Weil die Geschichte der Bevölkerung des Territoriums, auf dem die Republik Moldau geschaffen wurde, seit dem 15. Jahrhundert größtenteils durch Fremdherrschaft gekennzeichnet ist und die Bevölkerung sich aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammensetzt – wobei sie mehrheitlich in ethnischer Hinsicht mit der Bevölkerung im angrenzenden Rumänien eng verwandt ist, d.h. rumänisch ist – stellt sich ganz besonders die Frage, welchem Konzept von Nation die Staats- und Nationsbildung in der Republik Moldau folgt. Bevor *van Meurs* auf diese Frage eingeht, stellt er anhand der Begriffspaare ‚Objektive Nation‘ versus ‚Subjektive Nation‘ sowie ‚Moderne und konstruierte Nation‘ versus ‚Historische und ethnische Nation‘ auf einer grundsätzlichen Ebene die Nationskonzepte und Ordnungsprinzipien für Staaten dar. Die Begriffe ‚Objektive Nation‘ sowie ‚Historische und ethnische Nation‘ entsprechen einer primordialistischen, die anderen Begriffe einer konstruktivistischen Sicht. Übergangsformen zwischen diesen Nationskonzepten sind möglich. Der Begriff ‚Objektive Nation‘ kann nach den Begriffen ‚Kulturnation‘ und ‚Staatsnation‘ differenziert werden. Im Falle des Begriffs ‚Staatsnation‘ decken sich die Grenzen des Staates und der Nation – eine ideale Situation nach primordialistischen Vorstellungen. *Van Meurs* diskutiert diese verschiedenen Begriffe auch im Hinblick auf die politischen Programme, in denen sie verwendet werden können. In diesen Programmen geht es im Wesentlichen um territoriale Ansprüche sowie um die Inklusion oder Exklusion bzw. Bevorzugung oder Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen. Die theoretischen Ausführungen bieten eine Basis für das bessere Verstehen erstens des kommunistischen Paradigmas einer moldauischen Nation und des neuen national-moldauischen Gegenkonzepts sowie zweitens der in der Geschichtsschreibung der Republik Moldau und Rumäniens miteinander konkurrierenden Darstellungen der historischen Heldenfigur Stefan des Großen (1433–1504), der Fürst der vereinigten Moldau war. Heute werde aber – so *van Meurs* – Stefan der Große in der Republik Moldau nicht nur von Rumänisten, sondern auch von Moldovenisten als Nationalheld und nicht als Staatsheld anerkannt, weil für die Moldovenisten eine vereinigte Moldau innerhalb eines Großrumäniens unrealistisch sei und insoweit kein Drohpotenzial mehr darstelle. Die gegensätzlichen Auffassungen über die moldauische Nation als ethnische Nation (‚ethnos‘) und als Nation im Sinne der Bevölkerung des Staates (‚demos‘) ließen sich in der Praxis nicht immer trennen. Je nach Situation stehe also ‚demos‘ oder ‚ethnos‘ im Vordergrund.

Die Geschichtsschreibung Rumäniens sei dagegen (wie diejenige der anderen südosteuropäischen Länder) deutlich von einem primordialistischen Nationsverständnis geprägt – so *Mariana Hausleitner*. Dieses

sei Ursache für Spannungen zwischen der Mehrheit und den Minderheiten. In Rumänien sei im 19. Jahrhundert von Frankreich ein zentralistisches Staatsmodell, aber nicht ‚demos‘ als Nationskonzept übernommen worden. Vielmehr gelte bis vor wenigen Jahren ein ethnisches Nationsmodell, das als Leitbild für Homogenisierungsbestrebungen von rumänischen Regierungen gewirkt habe. Erst seit dem Beitritt Rumäniens zur NATO und zur EU hätten sich die Spannungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und nationalen Minderheiten verringert. *Hausleitner* verfolgt genau die Geschichte des Nationsverständnisses in Rumänien seit der Vereinigung der rumänischen Fürstentümer Walachei und Moldau (1859) bzw. seit der Verfassung Rumäniens 1866 und stellt die Geschichte des Landes als eine Abfolge von Inklusionen und Exklusionen von Bevölkerungsgruppen im Zusammenhang mit dem Nationsverständnis dar. Insbesondere Ungarn, Juden und Roma seien Exklusionen ausgesetzt gewesen. Der Beitritt zur EU, der an die Bedingung („Acquis communautaire“) geknüpft war, dass die Minderheiten ihre kulturelle Identität bewahren können und sie in keiner Weise benachteiligt werden dürfen, habe aber die Situation der Minderheiten entscheidend verbessert. Vielleicht könne künftig sogar mit einer Stärkung der Regionen einschließlich der Grenzregionen und auf diese Weise mit Dezentralisierungstendenzen in Rumänien gerechnet werden.

3 Zu ökonomischen und sozialen Problemen

Sowohl der Beitrag von *Muravschi u. a.* über die Republik Moldau als auch derjenige von *Ianoş u. a.* über Rumänien zu ökonomischen und sozialen Problemen behandelt die räumlich ungleichgewichtige Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten des jeweiligen Landes. Diese Entwicklung sei historisch bedingt. Die Ursachen seien schon in den vergangenen Jahrhunderten geschaffen worden. Allerdings hätten sich in beiden Ländern seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme die räumlichen Disparitäten verschärft. Die De-Industrialisierung in der Transformationsphase habe den Abstand zwischen dem ländlichen Raum und peripheren Gebieten, die zurückfielen, einerseits und großstädtischen Regionen andererseits vergrößert. Regionale Ungleichgewichte der Landesentwicklung seien im Prinzip weltweit üblich, aber in der Republik Moldau seien sie besonders deutlich ausgeprägt, weil Chişinău als ‚primate city‘ für das Land eine größere Rolle spiele als die Hauptstädte in den anderen europäischen Ländern. (Die Stellung von Chişinău ist unter den Hauptstädten Europas nur vergleichbar mit derjenigen von Tirana in Albanien)

und in eingeschränkter Weise mit Budapest in Ungarn.) So geht es im Beitrag von *Muravschi u. a.* vor allem darum, die Kluft zwischen Chişinău und dem übrigen Land darzustellen. Allerdings bestünden außerhalb der Hauptstadtregionen auch zwischen den Regionen und innerhalb der Regionen erhebliche Entwicklungsunterschiede, die im Beitrag beschrieben und erläutert werden. Dabei wird auch kritisch auf die Regionalentwicklungspolitik der Regierung eingegangen, weil ihre Praxis deutlich hinter dem theoretischen Anspruch zurückbleibe. Eine gewisse Dezentralisierung der Befugnisse der für die Entwicklung zuständigen Institutionen sei notwendig, damit die regionalen Interessen mehr zur Geltung kommen können. Der Erfolg der Regionalentwicklungspolitik, nämlich Bedingungen für eine ausgeglichene ökonomische und soziale Entwicklung zu schaffen und die Armut zu reduzieren, hänge in hohem Maße ab von den Kompetenzen der für die sechs Regionen des Landes zuständigen Entwicklungsagenturen und den Initiativen auf lokaler Ebene. Ein ganzheitlicher Entwicklungsansatz sei notwendig, der vor allem Investitionen in lokale Wertschöpfungsketten, Infrastruktur und Informationswesen sowie Verbesserungen der Marktzugänge für kleine und mittlere landwirtschaftliche Unternehmen vorsieht.

Der Beitrag von *Ianoş u. a.* über die rumänische Entwicklungsregion Nordosten, die zum großen Teil identisch ist mit dem Teil der historischen Region Moldau auf rumänischem Territorium, fokussiert stärker als der oben genannte Beitrag von *Muravschi u. a.* auf die Grenzraumsituation dieser Entwicklungsregion, welche die ärmste unter den acht Entwicklungsregionen des Landes darstellt. Sie nimmt etwa 15 % der Fläche Rumäniens ein, und etwa 17 % der Bevölkerung Rumäniens wohnen dort. Ihre Fläche (36.850 km²) und Bevölkerungszahl (knapp 4 Mio.) sind mit der Republik Moldau (32.840 km² bzw. ebenfalls knapp 4 Mio.) vergleichbar. Im Unterschied zur Republik Moldau ermöglicht die statistische Datenlage Rumäniens eine intraregionale Analyse auf Gemeindeebene. So arbeiten *Ianoş u. a.* heraus, dass nicht nur zwischen der Region und den anderen Teilen Rumäniens große ökonomische und soziale Entwicklungsunterschiede bestehen, sondern auch innerhalb der Region scharfe Disparitäten gegeben sind. Gerade die Gebiete an der Grenze zur Republik Moldau sind als besonders benachteiligte zu erkennen. *Ianoş u. a.* sehen in der grenzüberschreitenden Kooperation mit der Republik Moldau eine Chance, den Grenzraum in die Wirtschaft des jeweiligen Landes zu integrieren und dessen Entwicklungsrückstand zu bekämpfen. Die gemeinsame ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung zu beiden Seiten der Grenze böte eine gute Voraussetzung für wechselseitige Beziehungen. Jedoch seien diese schwer zu realisieren, weil die Grenze zwischen Ru-

mänien und der Republik Moldau Teil der Außengrenze der EU ist. Außerdem müsste das ökonomische Potenzial auf beiden Seiten der Grenze verbessert werden, damit eine ausreichende Basis für Austausch und Kooperation gegeben ist.

4 Zum Alltag der Grenzraumbevölkerung: Grenzüberschreitende Aktivitäten

Wie bereits oben erwähnt, befassen sich von den vier Beiträgen zu den grenzüberschreitenden Aktivitäten der Grenzraumbevölkerung zwei mit diesen Themen anhand der Grenze Republik Moldau/Rumänien. Der eine Beitrag – von *Bénédicte Michalon* – betrachtet diese Aktivitäten hinsichtlich des Zeitraums von der Öffnung der Grenze im Jahr 1991, nach dem Übergang der Moldau von einer Sowjetrepublik zu einer selbständigen Republik im Rahmen der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, bis zum 1. Januar 2007, als Rumänien der EU beitrug. Der andere Artikel – von *Mihaela N. Arambaşa* – vergleicht die grenzüberschreitenden Beziehungen in ausgewählten Gemeinden der Republik Moldau und Rumänien in der Zeit vor dem Beitritt Rumäniens zur EU mit denjenigen nach dem Beitritt. Ihre Befunde beruhen auf quantitativen und qualitativen Befragungen, die sie vor und nach dem EU-Beitritt Rumäniens in ein- und denselben Orten durchgeführt hat.

Vor dem Jahr 1991, also in sowjetischer Zeit, gab es kaum Grenzverkehr. Die Grenze hatte militärische und Sicherheitsaufgaben zu erfüllen. In ökonomischer und sozialer Hinsicht wurde der Grenzraum marginalisiert. Seit der Grenzöffnung erlebte der Grenzverkehr eine deutliche Zunahme. Vor allem Kleinhändler aus der Republik Moldau nutzten die Gelegenheit, Waren in Rumänien zu verkaufen. Bis Ende der 1990er Jahre waren die Bedingungen dafür günstig. Danach wurden wieder strengere Grenzübertrittsregelungen von rumänischer Seite eingeführt, weil dies von der EU im Rahmen der Vorbereitung auf den Beitritt Rumäniens zur EU verlangt worden war. Der Grenzverkehr ging zurück, besonders nach dem Beitritt, weil seither sogar ein Visum für die Einreise nach Rumänien erforderlich ist. *Bénédicte Michalon* studiert den Kleinhandel von Angehörigen der Republik Moldau in Iaşi, dem wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum im rumänischen Teil der historischen Region Moldau. Sie kann dabei verschiedene Typen von Orten feststellen, an denen der Verkauf stattfindet. Des Weiteren verfolgt sie die Organisation dieses Kleinhandels sowie die Stellung der Kleinhändler in der rumänischen Gesellschaft und ihre Bemühungen, durch dauerhafte Einwanderung Sicherheit zu erlangen.

Mihaela N. Arambaşa behandelt die Auswirkungen des Beitritts Rumäniens zur EU – und damit die Einrichtung der EU-Außengrenze zwischen der Republik Moldau und Rumänien – auf die grenzüberschreitenden Praktiken der Grenzraumbevölkerung auf beiden Seiten der Grenze. Nach dem Beitritt Rumäniens zur EU seien zwar die Grenzüberschreitungen aus der Republik Moldau erheblich zurückgegangen, aber die Zahl der Besucher aus der Republik Moldau sei immer noch deutlich größer als die der Grenzgänger aus Rumänien in der Republik Moldau, obwohl rumänische Staatsbürger häufiger als vorher in der Republik Moldau einreisten, vor allem um Konsumgüter des kurzfristigen Bedarfs zu kaufen, die in der Republik Moldau billiger als in Rumänien sind. Rumänen brauchen kein Visum für die Einreise in der Republik Moldau bis April 2009. Die Kleinhändler aus der Republik Moldau verkauften in Rumänien nach wie vor Zigaretten und Alkohol – meistens illegal – sowie auch Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte, diese allerdings wegen der verschärften rumänischen Kontrollen in geringerem Umfange. Der Erfolg des Schmuggelns hänge in hohem Maße von der Zusammenarbeit mit anderen Grenzgängern und der Bestechung der Grenzpolizei ab. Die Autorin stellt dar, wie die Grenzraumbevölkerung der Republik Moldau verschiedene Strategien entwickelt, um die infolge der Grenzübertrittsverschärfung entgangenen Einkommen aus dem Kleinhandel und Schmuggel zu kompensieren. Die wichtigsten seien Arbeitsmigration ins Ausland, die deutlich zugenommen habe, und der Erwerb der rumänischen oder bulgarischen Staatsbürgerschaft als zweiter Staatsbürgerschaft. Die Nachbarschaftspolitik der EU, die sich um Stabilität in den angrenzenden Nicht-EU-Staaten bemüht, habe bisher die ausgrenzende Wirkung der neuen EU-Außengrenze kaum mindern können. Auch die bilateralen Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Rumänien hätten hierzu keinen wesentlichen Beitrag leisten können.

Die beiden letzten Beiträge zu diesem Buch beschäftigen sich mit anderen Grenzräumen. *Bettina Bruns'* Ergebnisse über den Schmuggel an der polnisch-russischen Grenze weisen klare Parallelen zu den oben genannten Befunden von *Mihaela Arambaşa* über die grenzüberschreitenden Praktiken an der Grenze zwischen der Republik Moldau und Rumänien nach dem EU-Beitritt Rumäniens auf. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Studien besteht darin, dass bei *Bruns* die Schmuggler Bürger eines EU-Mitgliedstaates sind, nämlich Polen, die Waren aus dem angrenzenden Nicht-EU-Staat nach Polen bringen, während bei *Arambaşa* nicht nur die Schmuggelwaren, sondern auch die Schmuggler in Rumänien aus einem Nicht-EU-Staat stammen, nämlich aus der Republik Moldau. Hier wie da sei der Grund für das Schmuggeln die Verarmung der Bevölkerung des Grenzraumes

als Folge des politischen und ökonomischen Transformationsprozesses. Auch *Bruns* befasst sich mit den Geschäften von Schmugglern, die ihren Erfolg suchten durch Umgehung formaler Gesetze, aber bei Beachtung bestimmter gesellschaftlicher Normen, die außerhalb von Gesetzen bestünden und die von Gesetzesvertretern akzeptiert oder geduldet würden. Schmuggelgeschäfte, die im Rahmen dieser Normen getätigt werden, gälten also zwar als illegal, aber als legitim, weil sie offensichtlich in der Regel nicht der Bereicherung, sondern dem Überleben der Schmuggler und ihrer Familien dienten. Außerdem nützte das Schmuggeln auch den Käufern der Schmuggelwaren, weil ihre Nachfrage auf legalem Wege infolge des knappen Angebots und der relativ hohen Preise nicht gedeckt werden könne. Nicht zuletzt profitierten auch Grenzbeamte und andere Personen, die ihre Einkommen dadurch erhöhen könnten, dass sie sich von den Schmugglern bestechen ließen. Entscheidend für den Erfolg des Schmuggelns – so ein wichtiges Ergebnis von *Bruns* – sei der Aufbau von Vertrauen innerhalb der Gruppe von Personen, die am Schmuggel beteiligt sind und davon profitieren.

Ein Mindestmaß an Vertrauen ist grundsätzlich notwendig für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft. Um diese Erkenntnis geht es auch im letzten Beitrag dieses Buches, in dem *Wolfgang Aschauer* die Rolle ethnischer Gruppen für die Wirtschaft im slowakisch-ungarischen Grenzraum untersucht. Er verfolgt die Frage, inwieweit die Zugehörigkeit zur gleichen ethnischen Gruppe als Form einer angenommenen gleichen Kultur, die Vertrauen bilden kann, eine Rolle für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen spielt. *Aschauer* geht sehr systematisch vor, indem er auf einer theoretischen Ebene die folgenden Sachverhalte abhandelt: 1. Formen und Organisation von Vertrauen, 2. die Rolle von Netzwerken als Subsystemen der Gesellschaft, die auf Vertrauen und Solidarität bauen, für wirtschaftliche Aktivitäten und 3. den Zusammenhang von (Grenz-)Regionsbildung, Wirtschaftsentwicklung und Vertrauen. Aus seinen Überlegungen leitet er Thesen über das Funktionieren grenzüberschreitender Kooperation und Regionsbildung in dem von ihm untersuchten Grenzraum ab. Geleitet von diesen Thesen untersucht *Aschauer* zwei ethnische Gruppen im Grenzgebiet, nämlich die Ungarn und die Roma, und kommt dabei zu Erkenntnissen über die unterschiedliche Wirkung von Ethnizität. Für die ethnischen Ungarn aus der Slowakei, die als Arbeitspendler und Einkaufstouristen die slowakisch-ungarische Grenze zum ökonomisch relativ hoch entwickelten nordwestlichen Ungarn überschreiten, sei die Zugehörigkeit zur ethnischen Gruppe der Ungarn nicht wichtig. Entscheidend seien vielmehr die Kenntnisse der ungarischen Sprache und die Preise der Waren. Die sozioökonomischen Verhältnisse be-

stimmten also die grenzüberschreitenden Kontakte. Es bestehe unter diesen Grenzgängern kein Bedarf an Vertrauen, das durch die Zugehörigkeit zur gleichen ethnischen Gruppe hergestellt wird, weil die formalen Institutionen in Ungarn von den Grenzgängern als effektiv begriffen würden.

Ganz anders sehe es bei den Roma im östlichen Grenzgebiet zwischen der Slowakei und Ungarn aus, in einer Region mit erheblichen ökonomischen Problemen. Die Roma könnten kaum grenzüberschreitende Beziehungen initiieren oder aufrechterhalten, weil sie zu arm und zu wenig qualifiziert seien sowie kein Vertrauen in die Institutionen hätten. Die ethnischen Netzwerke der Roma kollidierten oft mit den Institutionen. Diese Probleme würden verstärkt durch Probleme, die zwischen verschiedenen Roma-Gruppen bestehen. Ihre Gemeinschaftsbildung reiche nicht über die Grenze hinaus. Die Roma auf der anderen Seite der Grenze gehörten meistens anderen Gruppen an. Trotz staatlicher Hilfe sowie Unterstützung durch Programme der EU und von Nichtregierungsorganisationen existiere die ethnische Gruppe der Roma (bisher) fast nur auf der Ebene von Familien und Clans.

Fazit von *Aschauer*: Im slowakisch-ungarischen Grenzgebiet sind die Erwartungen einer positiven grenzüberschreitenden Wirkung von Ethnizität im Sinne eines Beitrags zur Grenzraumentwicklung noch nicht eingetreten. Im Falle des ökonomisch und institutionell gut entwickelten westlichen Grenzgebiets ist dies nicht nötig, weil dort persönliche Beziehungen als Grundlage für Vertrauensbildung nur relativ wenig gebraucht werden. Im Falle des mit ökonomischen Problemen beladenen östlichen Grenzgebiets sind Aufbau und Verbesserung grenzüberschreitender Beziehungen auf ethnischer Basis möglich, aber die Aktionsradien der Roma sind (noch) zu sehr eingeschränkt. Ethnizität kann hier eine positive Rolle spielen, wenn der Aktionsraum dieser ethnischen Gruppe durch ökonomische Probleme und soziale Ausgrenzung nicht so stark begrenzt wird.

Schlusskommentar: Es wäre wünschenswert, wenn die Befunde der Beiträge dieses Buches weitere Grenzraumuntersuchungen anregten und mit den Beobachtungen in anderen Grenzräumen verglichen würden, um damit zu stärker fundierten verallgemeinerbaren Erkenntnissen über die Behebung von Problemen und die Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten in Grenzregionen zu gelangen.

5 Zitierte Literatur

ANDERL-MOTEA, C.: Ethnizität – Raum. Funktion und Bedeutungswandel. Sozialgeographische und kulturanthropologische Erkundungen zum Verhältnis von Ethnizität und Raum im Transformationsprozess anhand von Beispielen aus Rumänien. Potsdam 2007 (= Potsdamer Geographische Forschungen, Band 25)

SALLANZ, J.: Bedeutungswandel von Ethnizität unter dem Einfluss von Globalisierung. Die rumänische Dobrudscha als Beispiel. Potsdam 2007 (= Potsdamer Geographische Forschungen, Band 26)

SERBRIAN, O.: Despre geopolitică (Über Geopolitik). București, Chișinău 2009 (Editura Cartier)